

DPG-Mitteilung – August I 2021

DPG-Jahrestagung 2021

Vorankündigung

Herzlich laden wir Sie zum 4. Vortrag unserer virtuellen Jahrestagung 2021 ein,

**am Montag, 30.08.2021 um 19:30 Uhr
Rolle und Alltag der palästinensischen Frau in Gaza
Reham Owda, Gaza, Palästina**

Der Vortrag wird auf Englisch gehalten und ins Deutsche übersetzt.



Reham Owda

Reham Owda, freiberufliche Journalistin und Autotrin, gilt als die erste weibliche politische Analystin im Gasastreifen. Sie hat zwei Masterstudien in Politik und Internationaler Zusammenarbeit in Gaza und Spanien abgeschlossen sowie ein Volontariat bei der Taz in Berlin absolviert. Ihre Publikationen befassen sich mit den Menschenrechten, der Anti-Gewalt und der Friedenserziehung.

Anmeldung: Anmeldung30.08@dpg-netz.de

Auf Wunsch veröffentlichen wir die Übersetzung des von Frau Amal Abusrour am 26.7.2021 gehaltenen Vortrags und verzichten auf die Widergabe der Zoom-Aufzeichnung.

Vortrag vom 26.07.2021

Palästinensische Frauen zwischen Patriarchat und israelischer Besatzung –



Amal Abusrour

Amal Abusrour studierte Politik und Internationale Studien an der Universität von Leeds in Großbritannien und Öffentliche Verwaltung an der Universität von North Carolina in den USA. Sie ist Moderatorin für Gender Audits, absolvierte und verfügt über 23 Jahre Erfahrung in der Arbeit mit nationalen und internationalen NGOs in Palästina. Seit 2014 ist sie Programmdirektorin im Frauenzentrum für Rechtshilfe und Rechtsberatung (WCLAC) in Jerusalem. Sie trug zur Entwicklung zahlreicher Berichte bei diversen UN-Sonderverfahren und Formulierung von Gesetzesvorlagen bei und gilt als Expertin für Frauenrecht und Gleichberechtigung.

Das palästinensische Grundgesetz

Das palästinensische Grundgesetz und die Unabhängigkeitserklärung betonen Gleichheit, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit. Diese Hauptprinzipien trugen zur Schaffung demokratischer Werte innerhalb der palästinensischen Gesellschaft bei, die die Förderung der Rechte der Frau und der Rolle der Frau unterstützten. Das palästinensische Grundgesetz behielt nur die inklusive antidiskriminierende Formel bei, allen Bürgern unabhängig von Rasse, Geschlecht, Behinderung oder anderen Merkmalen die gleichen Rechte zu gewähren. Es besagt auch, dass

(grundlegende Menschenrechte und Freiheiten geschützt und respektiert werden) unabhängig von Religion, ethnischer Zugehörigkeit oder Geschlecht.

Palästinensische Frauen und Männer haben gleichermaßen das Recht auf Bildung, Gesundheit, Arbeit, politische Teilhabe und Meinungsäußerung. Im Hinblick auf die politische Teilhabe haben Frauen das passive und aktive Wahlrecht wie Männer. Das 20%-Quotensystem unterstützte Frauen dabei, bedeutende Positionen in den kommunalen Gemeinderäten zu erlangen, indem die politische Rolle der Frauen in der Kommunalverwaltung gestärkt wurde. Auch der Palästinensische Nationalrat hat eine Quote von 30 % für die Mitglieder des Rates erklärt.

Trotz dieser Versuche, die politische Partizipation von Frauen zu erhöhen, fordern palästinensische Frauen und feministische Organisationen eine gesetzliche Mindestquote von 50 %. Die Daten zeigen, dass mehr als 11 % der Haushalte von Frauen geführt werden. Palästinensische Frauen machen mehr als 50 % der Universitätsstudierenden aus, stellen mehr als 44 % der Beschäftigten des öffentlichen Sektors. 11 % der Botschafter in diplomatischen Vertretungen sind Frauen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist mit nur 18 % der Gesamtzahl der Frauen im erwerbsfähigen Alter relativ gering.

Palästinensische Frauen im Entscheidungsprozess

Der Staat Palästina hat die Gleichstellung der Geschlechter im geänderten Grundgesetz von 2003 anerkannt und bekennt sich offiziell dazu. Das palästinensische Gesetz verbietet eindeutig geschlechtsspezifische Diskriminierung. Allerdings widersprechen mehrere ererbte Gesetze, die soziale Beziehungen regeln, diesem Prinzip. Die Unterrepräsentation oder fast Ausgrenzung der palästinensischen Frauen aus dem öffentlichen Leben – einschließlich politischer Partizipation und Zugang zu Entscheidungspositionen – wird hauptsächlich von der dominierenden patriarchalischen und traditionellen Rhetorik befördert. Dies wirkt sich negativ auf die politische und gesellschaftliche Bereitschaft aus, die Inklusion von Frauen durchzusetzen. Darüber hinaus sind die Praktiken der Besatzung gegen palästinensische Frauen, einschließlich der Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und der direkten Gewalt gegen palästinensische Aktivistinnen, eine weitere ernsthafte Herausforderung. Frauen, die das Amt des „Ministers“ bekleiden, sind von 22% in der vorherigen Regierung auf 16% in der aktuellen Regierung zurückgegangen. Bei den Kommunalwahlen waren 21% der Frauen vertreten, und über 55% der Frauen gewannen per Akklamation. Darüber hinaus beträgt die Beteiligung palästinensischer Frauen im öffentlichen Sektor 44%. Allerdings hatten nur 13% dieser Frauen eine Position als „Generaldirektor“ oder höher.

Seit der politischen Spaltung zwischen Westjordanland und Gaza im Jahr 2007 spielten palästinensische Frauen eine aktive Rolle im Aussöhnungsprozess. Die feministische Nationale Versöhnungsinitiative namens „Wifaq“ wurde gegründet, um aktive Frauenkader im Westjordanland und im Gazastreifen einzubeziehen. "Wifaq" will eine breite soziale und politische Bewegung ins Leben rufen, die darauf abzielt, die politische Spaltung zu beenden, eine nationale Aussöhnung zu erreichen und die Beteiligung und Repräsentation von Frauen zu verbessern, indem die Rolle der palästinensischen Frauen im Widerstand und im Nationalgefühl anerkannt wird; in Übereinstimmung mit der Unabhängigkeitscharta, nationalen Gesetzen und internationalen Abkommen, denen Palästina beigetreten ist.

Kürzlich erließ der palästinensische Präsident ein Dekret zur Änderung des Wahlgesetzes. Konkret wurde die Frauenquote bei den Parlamentswahlen auf 26% erhöht, was allerdings unter unseren Erwartungen liegt, aber als guter Schritt zur Förderung der politischen Beteiligung von Frauen angesehen wird. Leider hat die unbefristete Verschiebung der Parlamentswahlen Frauen daran gehindert, ihre Rechte auszuüben und die Struktur der zukünftigen palästinensischen politischen Arena zu bestimmen.

Der Einfluss sozialer und kultureller Normen auf palästinensische Frauen

Palästina ist mehr als 20 internationalen Konventionen und Verträgen beigetreten, was als guter Schritt zur Förderung der Menschenrechte angesehen wird. Dafür wurde seit 2018 wenig getan. Begrenzte Gesetze wurden geändert, um Konventionen und Verträgen zu entsprechen, was jeden Versuch, die Gleichstellung der Geschlechter in Palästina zu fördern, einschränkt. Palästinensische Frauen leiden immer noch unter geschlechtsspezifischer Diskriminierung auf verschiedenen Ebenen.

In der palästinensischen Gesellschaft herrscht immer noch das patriarchale System, das Männern gegenüber Frauen Vorteile verschafft. Demnach haben palästinensische Frauen beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und haben im Vergleich zu Männern eine geringere Beteiligung, erfahren Diskriminierung bei der Beschäftigung und es fehlt ein umfassender Rechtsrahmen für deren Schutz. Von ihnen wird erwartet, dass sie unbezahlten reproduktiven und familiären Pflegeaufgaben Vorrang vor einer Vollzeitstelle oder einem Vollzeitberuf geben, und sie werden durch Mobilitätseinschränkungen innerhalb der Westbank und ein schwaches soziales Sicherheitsnetz weiter in diesen Rollen verankert.

Männer sind nach wie vor Entscheidungsträger in Haushalten, auch wenn mehr Frauen außer Haus arbeiten, um zum Familieneinkommen beizutragen. Bestehende soziale und kulturelle Normen wirken sich direkt auf bestehende Gesetze und aus, die die patriarchalische Mentalität des palästinensischen Gesetzgebers repräsentieren. Darüber hinaus sind die in Palästina geltenden Gesetze veraltet und gehen auf verschiedene Epochen zurück. Im Westjordanland gelten noch immer jordanische Gesetze, im Gazastreifen herrschen die ägyptischen Gesetze und Jerusalem folgt einer Mischung aus jordanischen und israelischen Gesetzen.

Wirtschaftsbeteiligung von Frauen

Die Wirtschaft im Westjordanland verlangsamte sich weiter mit einem Rückgang des realen BIP-Wachstums um 2,1 %. Von der Arbeitslosenquote im Westjordanland sind 19 % der erwerbstätigen Bevölkerung betroffen, verglichen mit 52 % im Gazastreifen. Das Geschlechter- und Lohngefälle blieb hoch, da die Arbeitslosenquote der Frauen bei 26 % liegt, im Vergleich zu 14 % der Männer. Die Beteiligung von Frauen in den Arbeitsmarkt erreicht 19%, was der niedrigste Wert in der arabischen Region ist. Das palästinensische Zentralbüro für Statistik (PCBS) veröffentlichte einen Artikel, in dem hervorgehoben wurde, dass Ende 2019 etwa die Hälfte der palästinensischen Erwerbstätigen arbeitslos war. Dem Bericht zufolge lag die Arbeitslosenquote unter den weiblichen Erwerbstätigen bei über 47%. im Vergleich zu 22% für männliche Teilnehmer.

Wir können nicht vernachlässigen, dass ein Teil dieser Ergebnisse auf die Politik und Praxis der israelischen Besatzung zurückzuführen ist. Wie die Wirtschaftsblockade im Gazastreifen, die vollständige Kontrolle der Grenzen sowie Mobilitätseinschränkungen durch militärische Checkpoints. Darüber hinaus tragen die Expansion von jüdischen Kolonien, die Konfiszierung von Land und die Kontrolle über Ressourcen sowie die Zerstörung von Eigentum zur wirtschaftlichen Belastung bei. Dennoch gilt der palästinensische Markt hauptsächlich als Verbrauchermarkt für israelische Produkte. Die Einrichtungen dienen weder dazu, die Beteiligung palästinensischer Frauen an wirtschaftlichen Aktivitäten zu verbessern, noch werden Motivationsfaktoren im Arbeitsumfeld berücksichtigt, wie gleiche Gehälter von Männern und Frauen, Berücksichtigung von Mindestlohn, gleicher Bezahlung oder Teilhabe an der Krankenversicherung. Infolgedessen ist die palästinensische Regierung verpflichtet, die Kluft zwischen Männern und Frauen zu verringern, indem sie durch eine Gesetzesreform einen politischen Wandel einleitet, um die Rechte der Frauen auf Chancengleichheit zu schützen. Darüber hinaus müssen durch die Einführung von Unternehmerinnen und Kleinunternehmen neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Israelische Besatzung - eine weitere Ebene der Unterdrückung

Israels ständige Maßnahmen gegen Palästinenser in der Westbank im Allgemeinen und Ost-Jerusalem wirken sich direkt auf Frauen aus. **Der Hausarrest von Minderjährigen** ist eine Maßnahme gegen Kinder gemäß dem israelischen Militärbefehl 1651, der das Alter von 12 Jahren als Mindestalter für die strafrechtliche Verantwortlichkeit festlegt. Nach dem Alter von 16 Jahren werden palästinensische Minderjährige als Erwachsene vor Gericht gestellt, mit einer Höchststrafe von 10 Jahren Haft. Es kommt häufig vor, dass palästinensische Kinder, bevor sie unter Hausarrest gestellt werden, ohne Gerichtsverfahren für einen Zeitraum von wenigen Stunden bis zu Wochen oder sogar Monaten inhaftiert werden. Nach dieser Haftzeit werden sie unter Hausarrest gestellt, während die Anklage erhoben wird oder sie auf ihren Prozess warten.

Mütter tragen in der Regel die traditionelle Rolle einer größeren Verantwortung für Kinderbetreuung und Hausarbeit. Daher müssen sie mit den unter Hausarrest stehenden Minderjährigen eher im Haus bleiben, um sie zu überwachen und sicherzustellen, dass sie nicht gegen die Haftbedingungen verstoßen, während ihre Ehemänner zur Arbeit gehen. Auch wenn Minderjährige die Schule besuchen dürfen, müssen die Mütter sie während der gesamten Schulzeit begleiten. Ihre Arbeitsfähigkeit ist stark eingeschränkt, viele von ihnen müssen ihre Arbeit aufgeben und werden zu Gefängniswärterinnen ihrer eigenen Kinder. Dadurch sind diese Mütter auch sozial von ihrer Gemeinschaft isoliert. Ein weiteres Beispiel für Isolation ist, dass Frauen das Urteil der Gesellschaft fürchten, dass sie nicht verhindern konnten, dass ihre Söhne unter Hausarrest gestellt werden.

Noch größer ist die Belastung für Frauen, die allein erziehend sind oder deren Ehemänner behindert oder anderweitig arbeitsunfähig sind. Der **Widerruf des Aufenthalts** ist das direkteste Mittel, um Palästinenser aus Ost-Jerusalem gewaltsam zu vertreiben. Nach Angaben des israelischen Innenministeriums hat Israel zwischen 1967 und 2018 mehr als 14.000 Personen die palästinensischen Aufenthaltstitel in Jerusalem entzogen. Die Tatsache, dass der Wohnsitz von Frauen von ihren Beziehungen zu ihren Ehemännern abhängt, birgt Risiken für geschlechtsspezifische Probleme, wie die Abhängigkeit von Frauen und das Risiko, die Kontrolle der Männer über ihre Frauen zu verschlimmern. Bei Ehestreitigkeiten und Ehegattenmissbrauch ziehen Frauen es oft vor, Gewalt zu ertragen, um ihre Aufenthaltserlaubnis zu behalten. Dies wird durch die widersprüchlichen Rechtsordnungen und die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Gerichtsurteilen noch verschärft.

Die Schwierigkeit, von Israel ausgestellte **Baugenehmigungen** zu erhalten, hat Palästinenser dazu veranlasst, Wohn- und Geschäftsgebäude zu errichten, die ständig von Israel abgerissen oder beschlagnahmt werden, weil sie als „nicht genehmigt“ gelten. Nur 13% der Fläche von Ost-Jerusalem sind für palästinensische Baugebiete ausgewiesen, von denen ein Großteil bereits bebaut ist, während 35% jüdischen Kolonien zugewiesen wurden, die nach internationalem Recht illegal sind. Im Jahr 2020 wurden mehr als 300 palästinensische Gebäude abgerissen oder von israelischen Besatzungstruppen beschlagnahmt. Infolge der zunehmenden Zerstörungen werden in Ost-Jerusalem zunehmend mehr Menschen vertrieben. Von dieser Situation sind Frauen direkt betroffen. Entweder nachts oder am frühen Morgen werden die Häuser von israelischen Streitkräften leer geräumt und abgerissen. Die Eigentümer müssen oft ihr eigenes Gebäude sogar selbst abreißen. Diese sind erniedrigende Maßnahmen und herzerreißende Strafen für die Familien, die um den Erhalt ihres Zuhauses und ihrer Lebensgrundlage kämpfen müssen.

Israels Umweltzerstörung richtet sich gegen Palästinenser und palästinensisches Land im Westjordanland. Israel nutzt das Westjordanland als Deponie für gefährliche und industrielle Abfälle. In seinem jüngsten Bericht unterstreicht der Sonderberichterstatter für das besetzte palästinensische Gebiet: „Die Verbringung israelischer Industrieabfälle in Behandlungsanlagen im Westjordanland – durch die Schaffung sogenannter ‚Opferzonen‘, die weniger streng reguliert sind“ – trägt ohne Beteiligung oder Zustimmung der Palästinenser zur Vernarbung der Umwelt in den besetzten Gebieten bei.“ Dies gefährdet die Gesundheit der Palästinenser, die in der Nähe leben, da das Abladen von gefährlichem Abfall Luft, Boden und Wasser verschmutzt. Da große Mengen gefährlicher Stoffe und Abfälle entweder vergraben oder offen auf landwirtschaftlichen Flächen entsorgt werden, werden Boden und Grundwasser belastet. Die Landwirtschaft ist ein üblicher Arbeitsbereich für palästinensische Frauen, die in der Nähe von Ackerland leben. Angesichts der Tatsache, dass israelischer Restmüll, der in den besetzten palästinensischen Gebieten deponiert und verbreitet wird, die Landwirtschaft stark beeinträchtigt, sind palästinensische Frauen insbesondere vom Verlust ihrer Lebensgrundlage und den Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit Umweltverschmutzung betroffen.

Bei unseren Treffen mit Frauen äußern sie sich machtlos, verzweifelt und besorgt darüber, dass sie nicht mehr zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Familien beitragen können. Dies wirkt sich wiederum auf die Rolle der palästinensischen Landfrauen innerhalb der Familie aus, da ihre Unabhängigkeit und ihre Fähigkeit, Land zu besitzen und zu ernten, stark behindert werden. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in den besetzten Gebieten ist der Verlust von landwirtschaftlicher Arbeit ein echter Schlag für die in diesem Sektor tätigen Frauen, da sie oft über geringe Qualifikationen verfügen, um in andere Formen der Facharbeit zu passen. Der Staat Israel unterstützt weiterhin die Expansion von Siedlungen, die palästinensisches Land aggressiv und illegal konfisziert. Diese Machenschaften stellen das Haupthindernis für den Frieden dar, indem sie Spannungen zwischen Palästinensern und Siedlern anheizt, die oft gewalttätig werden.

Siedlergewalt führt zu Instabilität und Angst bei Palästinensern, die in unmittelbarer Nähe zu Siedlungen im Westjordanland leben. Rund 6000 neue Wohneinheiten wurden in verschiedenen Stadien des Planungs- und Umsetzungsprozesses im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, gebaut. Mehr als 1000 der Einheiten beziehen sich auf Kolonien in Ostjerusalem und mehr als 4000 auf Kolonien in anderen Teilen des Westjordanlandes, einschließlich an abgelegenen Orten tief im Westjordanland. Fast dreizehn Jahre israelische Blockade im Gazastreifen und die innere Teilung haben extreme direkte und indirekte Auswirkungen auf die Frauen. Die humanitäre Krise betrifft jeden Aspekt des täglichen Lebens von 1,8 Millionen Menschen durch Armut, Arbeitslosigkeit, schlechtes Trinkwasser, Ernährungsunsicherheit, mangelnde Energieversorgung, schlechte Gesundheitsinfrastruktur und eingeschränkten Zugang zu Schutzdiensten. Gaza wurde zu einem Ort erklärt, der für das menschliche Leben ungeeignet ist. Frauen sind in einer solchen Situation aufgrund des eingeschränkten Zugangs zu Grundrechten, der Exposition gegenüber verschiedenen Kriegen und der israelischen Aggression besonders gefährdet. Vor kurzem führte die israelische **Aggression gegen Gaza** zu großen Verwüstungen in Bezug auf Infrastruktur, Gesundheit, Wasser, Energie, Bildungseinrichtungen und vor allem das Wohlergehen der Palästinenser, die in diesem offenen Gefängnis in den letzten 13 Jahren lebten.

Vielen Dank.

Übersetzung: Nazih Musharbash, DPG-Präsident